

verhindert, daß die Entfaltung der Masseninitiative weder durch einen lokalen oder ressortmäßigen Egoismus noch durch eine bürokratische Reglementierung von oben beschränkt wird. In diesem Sinne ist der d. Z. in der Verfassung der DDR vom 6. 4. 1968 verankert. Art. 47 bestimmt, daß die Souveränität des werktätigen Volkes, verwirklicht auf der Grundlage des d. Z., das tragende Prinzip des Staatsaufbaus (→■ *Staatsaufbau der DDR*) ist. Die Praxis der sozialistischen Länder bestätigt die Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß es eine Gesetzmäßigkeit des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus ist, den d. Z. mit Fortschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung unablässig zu stärken. Deshalb hat die SED als Haupttrichtung ihrer Arbeit zur weiteren Stärkung der sozialistischen Staatsmacht der DDR in der vor uns liegenden Periode festgelegt, die zentrale staatliche Leitung und Planung zu qualifizieren und sie mit der wachsenden schöpferischen Aktivität der Werktätigen auf allen Gebieten wirksamer zu verbinden.

demokratische Schulreform: antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des gesamten Bildungswesens; Bestandteil des Kampfes für eine →■ *antifaschistisch-demokratische Ordnung* nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Die d. S. war als Forderung im *→Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945* enthalten. Sie entsprach dem *→Potsdamer Abkommen* und wurde von der →■ *Sowjetischen Militäradministration in Deutschland* umfassend unterstützt. In ihrem gemeinsamen Aufruf „An alle Eltern, Lehrer und Hochschullehrer!“

vom 18. 10. 1945 formulierten die Führungen der KPD und der SPD als Ziel der demokratischen Erneuerung der Schule, die Jugend „frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln“ zu erziehen. Der Aufruf fixierte die Aufgaben der d. S.; Besetzung der leitenden Schulfunktionen durch Antifaschisten, Beseitigung aller Bildungsprivilegien, Aufbau eines einheitlichen Schulsystems, Trennung von Schule und Kirche, Abschaffung der Privatschulen, Säuberung des Lehr- und Verwaltungspersonals von faschistischen und militaristischen Kräften, Ausbildung von Antifaschisten für den Lehrerberuf, Ausarbeitung neuer Lehrpläne und -bücher, Reform des gesamten Hochschulwesens. Im Gebiet der DDR wurde die d. S. in hartem Klassenkampf unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei durchgesetzt. Die Bildungsoffiziere der Sowjetarmee standen den Schulfunktionären mit Rat und Tat zur Seite. Sie unterstützten den Wiederaufbau zerstörter Schulgebäude und die Aufnahme des Unterrichts. Im Mai und Juni 1946 erließen die Landes- und Provinzialverwaltungen einheitliche Gesetze zur Demokratisierung der Schule. Etwa drei Viertel der Lehrer, die Mitglieder der Nazi-partei waren, mußten entlassen werden. Werktätige, vorwiegend aus der Arbeiterklasse, wurden für den Schuldienst gewonnen und ausgebildet. Ihre ersten Lehrbücher der Pädagogik waren Übersetzungen sowjetischer Autoren. Neue Lehrbücher und Lehrmaterialien wurden kurzfristig